

Dr.ⁱⁿ Alma Zadić, LL.M.
Bundesministerin für Justiz

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.487.357

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)7271/J-NR/2021

Wien, am 7. September 2021

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Mario Lindner, Kolleginnen und Kollegen haben am 7. Juli 2021 unter der Nr. **7271/J-NR/2021** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Österreichs Einsatz gegen LGBTIQ-feindliche Gesetze in Ungarn“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zur Frage 1:

- *Sind seitens Ihres Ministeriums weitere Schritte zur Umsetzung des Beschlusses 557/UEA XXVII. GP geplant?*
 - a. *Wenn ja, welche konkreten Schritte sind geplant? Bitte um detaillierte Auflistung.*
 - b. *Wenn nein, warum nicht?*

Sämtliche Vorhaben auf europäischer und internationaler Ebene, die eine Verbesserung der Rechtsstellung unserer Bürger*innen, aber auch jener in Drittstaaten zum Gegenstand haben, dienen letztlich auch einer Verbesserung der Situation von LGBTIQ-Personen, auch wenn sie nicht ausschließlich auf LGBTIQ-Personen abstellen. Ich möchte in diesem Zusammenhang exemplarisch auf die Diskussionen bei der informellen Videokonferenz der EU-Justizminister*innen am 6. Juli 2020 hinweisen, bei der ich mich für eine verbesserte Bekämpfung u.a. von Hass im Netz und damit für einen verbesserten Schutz auch von

LGBTIQ-Personen auf europäischer Ebene eingesetzt habe. Daher ist es mir stets ein Anliegen, bei der Formulierung von Dokumenten wie Ratschlussfolgerungen auf eine Formulierung hinzuwirken, die auch LGBTIQ-Personen einschließt.

Auch bei bi- und multilateralen Gesprächen setze ich mich bei entsprechendem Anlass nachdrücklich für die Stärkung des Grundrechtsschutzes und rechtsstaatlicher Standards ein. Ich werde mich weiterhin mit Nachdruck für den Schutz von LGBTIQ-Personen einsetzen.

Zur Frage 2:

- *Welche konkreten Schritte sind seitens Ihres Ministeriums geplant, um hinsichtlich der LGBTIQ-feindlichen und EU-rechtswidrigen Gesetzgebung in Ungarn auf EU-Ebene zu reagieren? Bitte um detaillierte Auflistung.*
 - a. *Wenn keine Schritte geplant sind, warum nicht?*

Wenngleich die inkriminierte ungarische Gesetzgebung nicht in meinen Zuständigkeitsbereich fällt, halte ich die Unterstützung einer diesbezüglichen Erklärung von insgesamt 14 EU-Mitgliedstaaten für sehr wichtig.

Zur Frage 3:

- *Welche konkreten Schritte sind seitens Ihres Ministeriums geplant, um hinsichtlich der LGBTIQ-feindlichen und EU-rechtswidrigen Gesetzgebung in Ungarn auf bilateraler Ebene zu reagieren? Bitte um detaillierte Auflistung.*
 - a. *Wenn keine Schritte geplant sind, warum nicht?*

Im vergangenen Jahr hatte ich – auch durch die COVID-19-Pandemie bedingt – keine bilateralen Kontakte mit Vertreter*innen oder Institutionen der Republik Ungarn. Ich darf Ihnen aber versichern, dass ich die Verbesserung der Situation von LGBTIQ-Personen und die inakzeptable Gesetzgebung bei nächster sich bietender Gelegenheit in bilateralen Gesprächen aufgreifen werde.

Dr.ⁱⁿ Alma Zadić, LL.M.

